

„Aus Sicht der demokratischen Kultur ist ein schwerer Unfall passiert“

Politikwissenschaftler Thomas Schimmel ordnet im SZ-Interview den Beschluss des Meißner Stadtrats zur umstrittenen Kita-Schließung ein. Was gut und schlecht gelaufen ist – und wie er das Verhalten der AfD einschätzt.

Von Paul Hoffmann und Jakob Hammerschmidt

Meißen. Thomas Schimmel ist Politikwissenschaftler an der FH Meißen und war in seiner beruflichen Laufbahn unter anderem auch schon Wahlbeobachter in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Im Gespräch mit der Sächsischen Zeitung erklärt der Experte, wie er das Geschehen vom 1. Juli einordnet, als im Meißner Stadtrat anstelle der „Meißner Spatzen“ auf einmal die Kindertagesstätte „Regenbogen“ geschlossen wurde.

Wie bewerten Sie, gerade mit Blick auf das Thema Bürgerbeteiligung, die Kita-Abstimmung im Meißner Stadtrat?

Demokratie lebt von Offenheit, Partizipation und Berechenbarkeit. Betroffene müssen die Möglichkeit haben, sich zu äußern und Argumentationslinien nachzuvollziehen. Für die Kommunalpolitik gilt das besonders, weil es um Dinge geht, die die Bürgerinnen und Bürger direkt im Alltag betreffen. Unser System beruht auf pluralistischen Grundannahmen: Unterschiedliche Interessen in der Gesellschaft werden eingebracht, verhandelt und idealerweise ausgeglichen. Darum sind neben Parteien, Freien Wählergemeinschaften und politischen Institutionen eben auch Verbände, Vereine, Nichtregierungsorganisationen und aktive Staatsbürgerinnen und -bürger so wichtig. Transparenz und Partizipation sorgen am Ende für breite Akzeptanz der gefassten Beschlüsse der politischen Gremien.

Die gab es mit Blick auf die Diskussion um die „Meißner Spatzen“ ja zunächst auch ...

Im konkreten Fall war der erste Ansatz aus meiner Sicht richtig. Im Stadtrat wurde ja schon vor einigen Wochen überlegt, die „Spatzen“ zu schließen. Dann stellte man aber fest: Darüber ist noch zu wenig gesprochen worden. Also hat man den Beschluss zum Vorgang zurückgestellt und somit die Möglichkeit geschaffen, öffentlich zu debattieren – auch in Ihrer Zeitung. Betroffene konnten sich äußern, Elternräte konnten sich einbringen, andere Akteure im demokratischen Prozess ebenfalls. Das war grundsätzlich

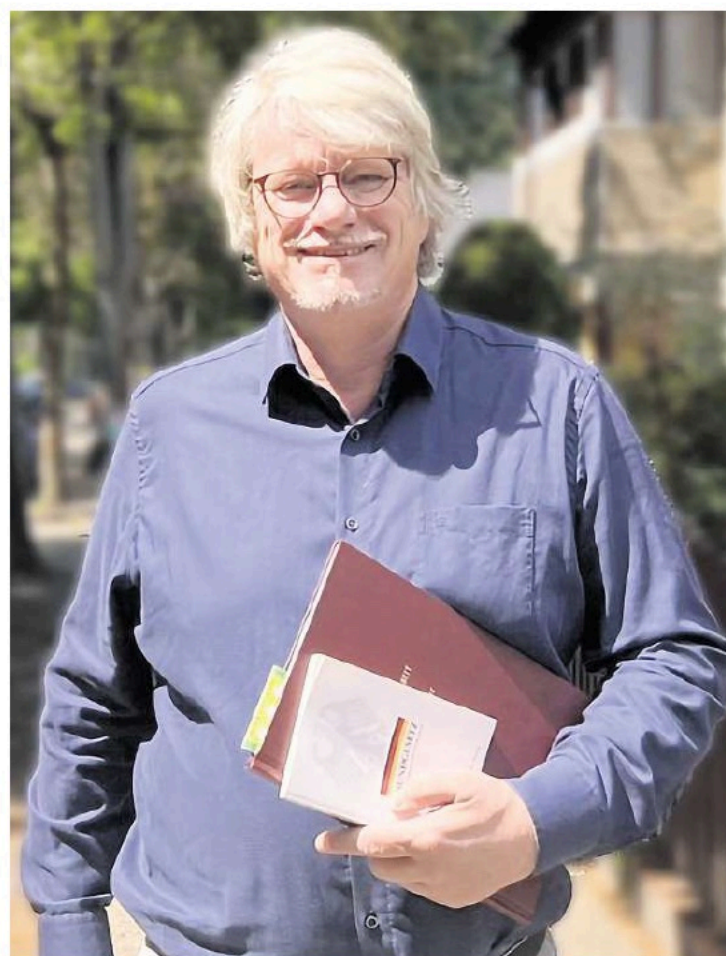
der richtige Weg, wenn auch mit einem holprigen Beginn. Die Eltern der betreffenden Kita waren dann ja auch bei der Stadtratssitzung am 1. Juli dabei. Sie konnten die Debatte verfolgen und hätten sich nach der Geschäftsordnung des Stadtrats gegebenenfalls auch noch äußern können. Insofern kann man der Stadt, dem OB und dem Stadtrat an diesem Punkt zunächst keinen grundsätzlichen Vorwurf machen.

Wo lag dann das eigentliche Problem? Ist das vielleicht in den nicht öffentlichen Ausschusssitzungen zu diesem Thema zu finden?

Wir haben ein großes Problem mit der Art, wie heute öffentliche Debatten laufen – und das hängt auch mit sozialen Medien zusammen. Diskussionen verbreiten sich ungefiltert viral und emotionalisieren sich schnell. Genau das ist ja auch in der Debatte um die Schließung der „Spatzen“ kritisiert worden: der Umgangston. Natürlich: In Debatten „gehen schon mal die Pferde durch“ – das passiert jedem und ist ja auch okay. Früher war das weniger problematisch. Da hat man sich nach einer harten Diskussion wieder zusammengesetzt, ein Bier oder ein Glas Wein getrunken, und dann war es meist auch wieder gut. Heute steht alles unversöhnlich, vereinfacht und ewig in sozialen Medien. Das erschwert sachliche politische Prozesse erheblich, und natürlich versucht die Politik, Eskalation vor wichtigen Entscheidungen zu vermeiden.

Ist das der Grund, warum politische Gremien manchmal zunächst nicht öffentlich beraten?

Ja, das kann man zumindest hier vermuten. Allerdings sind Ausschusssitzungen auch deshalb oft nicht öffentlich, damit die Akteure in den Gremien ihre Positionen verändern und Kompromisse gefunden werden können, ohne dass sie in der Öffentlichkeit „das Gesicht verlieren“. Kompromisse sind in der Demokratie extrem wichtig. Sie sorgen dafür, dass Beschlüsse am Ende von der Mehrheit akzeptiert werden. Ein guter Kompromiss bedeutet: Beide Seiten gewinnen und verlieren etwas, und beide können damit leben. Bei emotionalen und strittigen Themen gibt es zudem in der Politik häufig den Versuch, Dinge



Professor Thomas Schimmel ist Politikwissenschaftler an der FH Meißen.

FOTO: PRIVAT

zunächst intern zu klären, bevor die öffentliche Debatte startet. Damit will man vermeiden, dass ein Thema sofort eskaliert und anschließend gar keine vernünftige Beratung mehr möglich ist, weil jemand nicht mehr hinter seine öffentlich gemachte Position zurückkann. Aus Sicht der Mandatsträger ist das ein echtes Dilemma: Transparenz ist nötig, aber manchmal auch kontraproduktiv, wenn man ein Ziel erreichen will.

Sie sagen aber gleichzeitig, dass in diesem Fall trotzdem etwas gravierend schiefgelaufen ist.

Ja. Was dann hier tatsächlich passiert ist, war aus Sicht der demokratischen Kultur ein schwerer Unfall. Wenn man sich die Stadtratssitzung vom 1. Juli anschaut, wird das ja auch von Mitgliedern anderer Frak-

tionen so empfunden. Der Antrag der AfD-Fraktion kam offenbar für viele Mitglieder des Stadtrats und die Stadtgesellschaft überraschend. So etwas untergräbt Vertrauen in die Berechenbarkeit politischer Gremien. Es wurde wochenlang über die „Spatzen“ gesprochen, die Eltern haben sich auf eine bestimmte Entwicklung eingestellt – und plötzlich wird alles anders entschieden. Die Leute fragen sich dann: Worauf kann ich mich eigentlich noch verlassen? Dazu kommt: Offenbar wurde nicht einmal vorher mit der „Regenbogen“-Kita gesprochen. Für Eltern ist das schon problematisch. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es ein schwerer Schlag, wenn sie aus Zeitungen oder sozialen Medien erfahren, dass ihre Kita in einem Jahr geschlossen werden soll. Das ist schlechter de-

mokratischer Stil, und mir tun die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung leid, die das ausbaden müssen.

Wie hätte man diesen „Unfall“ vermeiden können?

Der Stadtrat hätte das Thema zurückstellen müssen, um es noch einmal in Ruhe im Ausschuss zu beraten und die Betroffenen anzuhören. Das wäre der saubere Weg gewesen, auch wenn Zeitdruck besteht. Wenn ein inhaltlich grundsätzlich neuer Antrag in die Debatte eingebracht wird, muss das Gremium auch Gelegenheit haben, ihn vernünftig zu diskutieren. Genau das ist hier aus meiner Sicht nicht passiert. Die „Regenbogen“-Kita und ihre Eltern hatten keine Möglichkeit, sich vorzubereiten, zu äußern oder an der Sitzung teilzunehmen. All das hätte zu Partizipation geführt. So, wie es gelaufen ist, war das nicht der Fall.

Die große Frage ist natürlich: Warum handelt man dann so? Strategisch wirkt das doch eher unklug ...

Das müssen die Leute von der AfD selbst beantworten. Hier ging es womöglich weniger um sachliche Gründe als um Symbolpolitik für die eigene Klientel.

Sie meinen also, dass „Regenbogen“ und „Integration“ hier politisch bewusst adressiert wurden?

Wenn man sich Programme der AfD anschaut, dann passt das ins Muster. Dort findet man Positionen gegen Inklusion oder gegen bestimmte gesellschaftspolitische Entwicklungen.

Gleichzeitig scheint dieser spontane Kurswechsel auch bei der eigenen Klientel gar nicht gut anzukommen ... Ja, das ist ein wichtiger Punkt. Nach meinem Eindruck geht dieser Schuss eher nach hinten los. Man hat hier im Grunde genau das gemacht, was man sonst den von der AfD Alt-Parteien genannten Gruppen vorwirft: Die Bürgerinnen und Bürger wurden an echter Beteiligung gehindert, und ein Teil der Stadträte, der Oberbürgermeister und die Verwaltung wurden überrollt.

Ist das alles nicht auch ein Zeichen dafür, dass der Stadt ein langfristiges Kita-Konzept fehlt?

Wenn eine Stadt schrumpft und we-

niger Kita-Plätze gebraucht werden, dann sollte man nicht von Fall zu Fall einzelne Einrichtungen schließen. Dann braucht man einen Kita-Plan für die nächsten zehn Jahre. Man muss überlegen, wie die Kita- und Bildungslandschaft so gestaltet werden kann, dass solche Konflikte gar nicht erst entstehen. Man könnte Standorte zusammenführen, Einrichtungen auslaufen lassen oder andere Übergänge organisieren – aber eben geplant, nachvollziehbar und sozial verträglich. Ich glaube, die Stadtverwaltung hatte das mit ihrem Antrag im Blick. So wie es aber jetzt läuft, bringt man nicht nur Erzieherinnen und Erzieher in schwierige Situationen, sondern auch Eltern und zukünftige Eltern. Wer heute ein Kind in einer städtischen Kita anmeldet, muss sich ja nach dieser Sitzung fragen: Gibt es diese Einrichtung in einem oder zwei Jahren überhaupt noch? Das beschädigt das Vertrauen in Politik und in politische Prozesse ganz erheblich.

Noch mal zurück zu Ihrer Aussage zu sozialen Medien und der „Flucht“ in die Nicht-Öffentlichkeit: Kann Demokratie unter den heutigen Umständen überhaupt noch in aller Öffentlichkeit funktionieren?

Das ist tatsächlich eine der großen Fragen unserer Zeit. Wir arbeiten noch immer mit politischen Instrumenten, die in einer Medienwelt entwickelt wurden, die es so nicht mehr gibt. Früher liefen politische Debatten stark über Zeitungen, Leserbrief, öffentliche Veranstaltungen und Bürgerdialoge. Die waren auch nicht konfliktfrei, aber meist geordneter, weil sie von Journalisten und Redakteurinnen kuratiert wurden. Heute fehlen uns gute demokratische Räume für digitale Debatten. Wir müssen nicht nur rhetorisch abrüsten, sondern auch das Monopol von X, Tiktok und Instagram brechen. Es gab vor einiger Zeit mal den interessanten Vorschlag, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk eigene Social-Media-Plattformen anbieten solle – also Räume, in denen Menschen vernünftig politisch miteinander diskutieren können, mit anderen Algorithmen und anderen Regeln. Ich halte das für einen guten Gedanken. Leider wurde er nicht weiterverfolgt.